

Öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 12. Januar 2005

R. Pr. Nr. 2

Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2003 und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamts über die Eigenprüfung der Jahresrechnung 2003

Beschluss: (einstimmig)

1. Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2003 wird gem. § 95 Abs. 2 GemO mit dem nach § 41 Abs. 3 GemHVO festgestellten und aufgegliederten Ergebnis der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2003 mit

Gesamteinnahmen von	85.236.069,50 €
---------------------	-----------------

und

<u>Gesamtausgaben von</u>	<u>85.236.069,50 €</u>
---------------------------	------------------------

Überschuss/Fehlbetrag	0,00 €
-----------------------	--------

festgestellt.

2. Das Ergebnis der örtlichen Prüfung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Allgemeine Entwicklung

Die Jahresrechnung 2003 liegt mit ihrem Volumen von rd. 85,24 Mio. EUR rd. 1,04 Mio. EUR unter dem Planwert (Verwaltungshaushalt: + 0,97 Mio. EUR; Vermögenshaushalt - 2,01 Mio. EUR). Das Gesamt**planvolumen** ist damit im dritten Jahr in Folge gegenüber dem jeweiligen Vorjahr niedriger angesetzt worden (- 2,9 Mio. EUR; - 3 Prozent). Im Vergleich der **Rechnungsergebnisse** liegt das Jahr 2003 dagegen um 421 TEUR leicht über dem Vorjahreswert.

Mit einer Zuführungsrate von rd. 1,29 Mio. EUR (geplant waren - 1,93 Mio. EUR) konnte ebenso wie im Jahr 2002 wieder eine Nettoinvestitionsrate erwirtschaftet werden. Die Zuführung überstieg die ordentlichen Tilgungen um 839 TEUR (2002: 2,79 Mio. EUR) und konnte somit zur Finanzierung der Maßnahmen im Vermögenshaushalt beitragen. Auch die "Sollzuführung", die die Höhe der durch Entgelte gedeckten Abschreibungen (454.485 EUR) erreichen soll, konnte realisiert werden.

Einnahmen Verwaltungshaushalt

Einen wesentlichen Anteil zu dieser gegenüber der **Planung** positiven Einnahmeentwicklung trägt die **Gewerbsteuer** bei. Die Planzahl für das Jahr 2003 war auf Grund des niedrigen Jahresergebnisses 2002 (15,2 Mio. €) auf 16 Mio. € angepasst worden. Nachzahlungen, deren Ursache vor allem an Betriebsprüfungen lagen, sowie erhöhte Vorauszahlungen haben schließlich zu tatsächlichen Gewerbesteuererinnahmen von 19,29 Mio. EUR geführt.

Der Gemeindeanteil an der **Einkommen- und der Umsatzsteuer** sowie die übrigen im Rahmen des Finanzausgleiches gewährten **allgemeinen Zuweisungen vom Land** lagen zusammen rd. 264 TEUR unter den Ansätzen (18,84 Mio. EUR), weil hier die Schlüssel- bzw. Anteilszahlen gegenüber dem Haushaltserlass geändert worden waren. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen deutlichen Rückgang um rd. 1,2 Mio. EUR. Im Jahr 2002 kam Ettlingen erstmals in den "Genuss", eine Zuweisung wegen mangelnder Steuerkraft von 728 TEUR zu erhalten. Im Jahr 2003 ist diese Einnahmequelle mit nur noch knapp 3.000 EUR nahezu versiegt.

Die Einnahmen aus **Gebühren und Entgelten** (9 Mio. EUR) blieben insgesamt um 0,2 Mio. EUR hinter der **Planzahl** (9,2 Mio. EUR). Die Einnahmereduzierungen gegenüber der Planung resultieren hauptsächlich aus der negativen Abweichung der Schlossfestspiele, die 286 TEUR hinter den Einnahmeerwartungen zurückblieben. Steigerungen in anderen Bereichen wie beim Bauordnungsamt, der verlässlichen Grundschule oder im Bestattungswesen haben per Saldo aber nicht ausgereicht, die **Planzahl** insgesamt noch zu erreichen. Vergleicht man die Einnahmen aus **Gebühren und Entgelten** mit dem **Vorjahresergebnis** (9,35 Mio. EUR), so zeigt sich eine Verringerung um 0,35 Mio. EUR. Einnahmeausfälle gegenüber 2002 waren hier vor allem bei den Schlossfestspielen (- 150 TEUR), bei den Abfuhrgebühren für Abfall (- 93 TEUR) und den Baugenehmigungsgebühren (- 81 TEUR) zu verzeichnen. Die Schlossfestspiele hatten weniger Besucher als im Vorjahr, bei der Abfallabfuhr ging die Anzahl der Müllbehälterleerungen zurück und bei den Baugenehmigungen erklärt sich die Verminderung durch den hohen Vorjahreswert, der aus einem größeren Bauvorhaben in der Rheinlandkaserne im Jahr 2002 resultierte.

Die Position **sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen** erzielte 3,09 Mio. EUR und damit Mehreinnahmen gegenüber der **Planung** von rd. 0,21 Mio. EUR. Hierin sind u. a. Kosten- und Schadensersatz gebucht, die nur schwer vorauskalkulierbar sind. Ebenso haben sich höhere Mieteinnahmen ergeben. Im Vergleich zum **Vorjahr** (3,64 Mio. EUR) ist ein Rückgang um 0,55 Mio. EUR festzustellen. Dies ist fast ausschließlich auf den verstärkten Holzverkauf in 2002 als "Nachwirkung" des Sturmes Lothar zurückzuführen. Dieser hohe Verkaufserlös ließ sich im Jahr 2003 nicht mehr erzielen, nachdem der Vorrat in den "Nasslagern" abgebaut wurde.

Die **sonstigen Finanzeinnahmen** (3,94 Mio. EUR) überstiegen um knapp 0,23 Mio. EUR die Planung (3,71 Mio. EUR). Zu dieser Steigerung haben überwiegend die Gewinnablieferung der Stadtwerke GmbH rückwirkend für das Jahr 2002 (0,22 Mio. EUR nach Steuern) und die Konzessionsabgaben sowohl der Stadtwerke GmbH als auch der EnBW (2,23 Mio. EUR) beigetragen. Im Vergleich zum **Vorjahr** hat sich die Gewinnablieferung allerdings um 170 TEUR vermindert. Die Konzessionsabgaben haben dagegen um 66 TEUR zugelegt.

Ausgaben Verwaltungshaushalt

Die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes haben sich zwar **gegenüber der Planung** um 0,975 Mio. EUR erhöht, aber in diesem Betrag ist auch die positive Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt enthalten. Bereinigt um diese nicht eingeplante - aber natürlich gewollte - Mehrausgabe, sind die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes rd. 0,314 Mio. EUR unterhalb der Planwerte geblieben. Besonders bei den **Personalkosten** (- 0,751 Mio. EUR) wurden die Ansätze ebenso unterschritten wie bei den **Zins-** (- 0,347 Mio. EUR) und **Geschäftsausgaben** (- 0,182 Mio. EUR).

Die weiteren **Verwaltungs- und Betriebsausgaben** (7,48 Mio. EUR) liegen unter dem Planwert (7,96 Mio. EUR). Hierfür zeichnet sich insbesondere der Rückgang von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) bei der Bauverwaltung (- 0,645 Mio. EUR) verantwortlich. Allerdings haben sich bei diesem Buchungstitel auch einige Positionen erhöht (z.B. Schutzkleidung für die Feuerwehr, Druckkosten für Prospekte und für die Schlossfestspiele, Waldkulturkosten), so dass letztendlich der Planwert um 0,48 Mio. EUR unterschritten wird.

Mehrausgaben verursachten die **Gewerbsteuerumlage** (+ 1,35 Mio. EUR) sowie die **Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten** der baulichen Anlagen (+ 234 TEUR). Unterhaltungsmaßnahmen bei den Schulen, den gärtnerischen Außenanlagen, den Straßen sowie den Beleuchtungsanlagen begründeten die Ansatzüberschreitung.

Bei den **Personalkosten** ist anzumerken, dass wegen der Verschiebung der Lohn- und Gehaltszahlungen vom 15. hin zum Ende des Monats die Sozialversicherungsbeiträge für den Monat Dezember 2003 erst im darauf folgenden Jahr abgeführt wurden. Dieser einmalige Buchungseffekt hat zu einer Reduzierung der Ausgaben um 330 TEUR im Jahr 2003 geführt. Echte Minderausgaben bewirken dagegen die Streichung des Urlaubsgeldes und die Kürzung des Weihnachtsgeldes bei den Beamten sowie der Verzicht bzw. die verzögerte Wiederbesetzung von Stellen ausgeschiedener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Mit insgesamt 398,7 Vollzeitstellen konnten 6,1 Personalstellen gegenüber dem Vorjahresstichtag abgebaut werden, sodass seit Anfang des **Jahres 2000 mittlerweile 18,5 Stellen** nicht mehr besetzt wurden. Damit wurde zum 31.12.2003 der niedrigste Personalstand seit 1991 erreicht. Von dem Höchstwert des Jahres 1993 mit 443,2 Vollzeitstellen wurden **in den letzten zehn Jahren 44,5 Stellen abgebaut**, obwohl in diesem Zeitraum neue Aufgaben hinzugekommen sind (u. a. verlässliche Grundschule, Schülerhorte, Schulsozialarbeit).

Die **Zuschüsse** der Stadt an Dritte im nichtinvestiven Bereich (z.B. für Vereine, Kirchen, soziale Einrichtungen, Deponiegebühren, ÖPNV) haben mit insgesamt 6,1 Mio. EUR den Planwert um 22 TEUR überschritten. Gegenüber dem **Vorjahresergebnis** ist eine Steigerung um 137 TEUR festzustellen.

Die **Gesamtausgaben** (ohne Zuführungsrate) sind im Vergleich zum **Vorjahr** (72,74 Mio. EUR) um 2,74 Mio. EUR auf 75,48 Mio. EUR gestiegen. Wesentlich Anteil an der **Erhöhung gegenüber 2002** haben die Personalausgaben (+ 0,36 Mio. EUR), die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen (+ 0,52 Mio. EUR) sowie die Gewerbesteuerumlage (+ 1,9 Mio. EUR). Die allgemeinen Umlagen sind dagegen aufgrund der verminderten Steuerkraftsumme um 0,38 Mio. EUR zurückgegangen.

Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt schließt mit einem Volumen von 8,465 Mio. EUR rund 2,01 Mio. EUR unterhalb der **Planvorgabe** ab. Höhere Verkaufserlöse beim Verkauf von Erbbaugrundstücken, erhöhte Beitragseinnahmen und Investitionszuweisungen sowie geringere Investitionsausgaben und die positive Zuführung trugen dazu bei, dass auf die ursprünglich geplante Kreditaufnahme von 5,22 Mio. EUR verzichtet werden konnte. Es wurde hier aber ein Haushaltseinnahmerest über 523 TEUR gebildet, um das Soll-Ergebnis auszugleichen. Der aus dem Vorjahr übertragene Haushaltsrest wurde somit um 103 TEUR vermindert. Von den Rücklagen wurden wie geplant 2,5 Mio. EUR entnommen.

Rücklagen und Schulden

Der Rücklagenstand belief sich zum 31.12.2003 auf 3,242 Mio. EUR und lag damit rd. 1,7 Mio. EUR über der Mindestrücklage. Die Kämmereischulden sind zum Jahresende 2003 gegenüber dem Vorjahreswert um 449 TEUR auf 3,75 Mio. EUR zurückgegangen. Zusammen mit dem Eigenbetrieb Abwasser haben sich die städtischen Schulden von 38,87 Mio. EUR auf 39,74 Mio. EUR erhöht.

Örtliche Prüfung

Das Rechnungsprüfungsamt hat im Schlussbericht zur allgemeinen Finanzsituation Stellung genommen:

Das insgesamt noch ausreichende Jahresergebnis 2003 dürfe dabei nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die wichtigen Strukturdaten des Haushaltes gegenüber dem Vorjahr verschlechtert hätten. Zwar sei das Ergebnis mit einer positiven Zuführungsrate von 1,288 Mio. EUR merklich besser ausgefallen als mit der geplanten Negativzuführung von - 1.929.310,00 EUR, jedoch reiche dieses Ergebnis noch lange nicht aus, um einen wesentlichen Beitrag zu den Investitionen oder gar zur Rücklagenbildung zu erwirtschaften. Im Gegenteil: Die Rücklagen hätten sich um 2,5 Mio. EUR verringert und näherten sich der Mindestrücklage. Auf die geplante Kreditaufnahme habe zwar verzichtet werden können, jedoch sei dies – buchungstechnisch – nur mit einem Haushaltseinnahmerest möglich gewesen, der nur gebildet werden dürfe, wenn im kommenden Jahr mit der tatsächlichen Kreditaufnahme gerechnet werde. Das zeige auch, dass insbesondere mittelfristig noch keine strukturelle Verbesserung erkennbar sei. Das „Zwischenhoch“ mit dem gegenüber der Planung positiven Jahresergebnis sei hauptsächlich auf höhere Gewerbesteuererinnahmen (+ 3,289 Mio. EUR) und verminderte Personalausgaben (- 751 TEUR) zurückzuführen. Beide Faktoren seien aber auf Einzelmaßnahmen (Gewerbesteueranpassungen bzw. Personalabbau, Wiederbesetzungsverzögerungen und einmalige Jahresabgrenzung von Buchungen) zurückzuführen, die keine Anzeichen auf eine dauerhafte Erholung signalisierten bzw. sich nicht beliebig wiederholen ließen.

Die kostenrechnenden Einrichtungen wiesen einen im Vergleich zum Vorjahr um zwei Prozentpunkte verringerten Kostendeckungsgrad von 62 Prozent aus. Wesentlichen Einfluss auf diese Entwicklung hatten die Schlossfestspiele, das allgemeine Grundvermögen (höhere Abschreibungen) und die Unterbringung von Asylbewerbern.

Neben den laufenden Prüfungen hat das RPA Schwerpunktprüfungen (Schlossfestspiele, Kostenentwicklung an den Gymnasien, Jugendzentrum Specht) durchgeführt.

Zusammenfassend bestätigt das Rechnungsprüfungsamt, dass "bei den Einnahmen und Ausgaben sowie bei der Vermögensverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren wurde, die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind, der Haushaltsplan eingehalten wurde, das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen sind und die getroffenen Prüfungsbemerkungen einer Feststellung der Jahresrechnung nicht entgegenstehen. Dem Gemeinderat wird deshalb empfohlen, das Ergebnis der Jahresrechnung 2003 gemäß § 95 Abs. 2 der GemO festzustellen.

Zur ausführlichen Darstellung des Rechnungs- und Prüfungsergebnisses wird auf den Rechenschaftsbericht der Finanzverwaltung sowie auf den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes verwiesen, die für alle Mitglieder des Gemeinderats beigefügt sind.

- - -

Stadtoberverwaltungsrat Goyke erläutert den Bericht mündlich.

Stadtrat Stemmer führt aus, dass bei den damaligen Haushaltsplanberatungen der Eindruck geherrscht habe, es sei kein Ausgleich möglich. Umso erfreulicher sei jetzt die positive Zuführungsrate. Wesentlicher Sockel sei die Gewerbesteuer. Die langfristige Ansiedlungspolitik habe sich ausgezahlt. Ettlingen könne sich im baden-württembergischen Vergleich sehen lassen. Die CDU-Fraktion stimme zu.

Stadtrat Deckers stimmt für die FE-Fraktion zu. Die Verwaltung habe bis auf die Schlossfestspiele einwandfrei gearbeitet. Dennoch müsse man auch in Zukunft wirtschaftlich arbeiten und sinnvoll sparen.

Stadtrat Lorch stimmt für die SPD-Fraktion zu. Das gute Ergebnis rechtfertige aber nicht ein automatisches Draufsatteln.

Stadträtin Saebel sieht die Rücklage in bedenklicher Nähe zum Mindestbetrag, weshalb die Stadt strikten Sparkurs fahren müsse. Sie stimmt für ihre Fraktion zu.

Stadträtin Zeh stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat Künzel stimmt der Vorlage zu und merkt an, dass die zusätzliche Gewerbesteuererinnahme ein einmaliges Ereignis gewesen sei. Mit so etwas könne man nicht immer rechnen. Bei den bereinigten Ausgaben solle die 100 %-Marke nicht touchiert werden.

Ohne weitere Antwort wird einstimmig vorstehender Beschluss gefasst.

Gabriela Büsse
Oberbürgermeisterin

- - -

Ka/La

14. Januar 2005

1. Rechnungsprüfungsamt (Schreiben vom 29.11.2004, 095.510.000-Go) und Finanzverwaltung zur Kenntnis.
2. Z. d. A. 913.630.000
Z. d. A. 095.510.000

Im Auftrag:

Kassel